

"Der Umbruch" kritisiert die antinationalsozialistische Haltung der katholisch-konservativen "Bürgerpartei"

Artikel im "Umbruch", nicht gez. [1]

9.12.1942

Das ist eine Grundfrage

Wir treten an die katholisch-konservative Bürgerpartei, insbesondere an deren Führung in Liechtenstein heran und fragen sie: Was haben Sie für ein Interesse an einem Sieg der Bolschewisten? Warum betreiben Sie die infame Hetze gegen das deutsche Volk?

Wir machen die Bevölkerung nicht verantwortlich. Für deren Gesinnung trägt die Bürgerpartei zum grössten Teil die Verantwortung, denn diese Partei hat seit 1928 als Regierungspartei gewirkt.

Diese Bürgerpartei hat jahrelang mit dem Schilde der Religion gegen den Nationalsozialismus, den die Volksdeutsche Bewegung als Weltanschauung in sich trägt, gekämpft und kämpft heute noch dagegen.

Dieser Partei legen wir die Fragen vor:

Warum wird der Bolschewismus in Liechtenstein nicht als das geschildert, was er ist? Warum wird in allen katholischen Verbänden gegen den Nationalsozialismus und damit gegen das deutsche Volk gekämpft, während heute niemand in diesen Kreisen vom Bolschewismus spricht?

Wenn einer glaubt, er müsse gegen das neue Europa aus religiösen Gründen sein, so möge er sich das kommende Europa unter dem Bolschewismus vorstellen. Wir bringen authentische Tatsachen.

Der Genosse P. Fedosejew schrieb in dem offiziellen Sprachorgan Stalins, der „Prawda“, am 20. März 1942 einen Artikel „Lenin und Stalin über die Religion“. Als Motto zu diesem Aufsatz war eine Bemerkung vorausgesetzt, die Stalin vor einigen Jahren aussprach, und in dieser kurz und bündig erklärte:

„Bis zum 1. Mai 1937 müssen in Sowjetunion alle Kirchen verschwinden und der Begriff Gott soll über die Sowjetunion verjagt werden, als ein Überbleibsel des Mittelalters, welches lediglich zur Knechtung der Volksmassen dient.“

In dem zitierten Artikel der „Prawda“ heisst es weiter wörtlich:

„Lenin und Stalin, die Gründer und Führer des Bolschewismus, die den revolutionären Kampf des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus anführen, haben die Ideologie des verwesenden Kapitalismus in allen seinen Offenbarungen einer vernichtenden Kritik unterzogen. Indem sie die revolutionäre Theorie von Marx verteidigten und weiter entwickelten, führten Lenin und Stalin stets einen erbitterten Kampf gegen Idealismus, Mystik und Obskurantismus, gegen Religion und Kirche.“

Originaldokument



Im Text erwähnte Personen

Lenin Wladimir Iljitsch, russ. Politiker, marxist. Theoretiker, Liechtenstein
Franz Josef II. von, reg. Fürst, Marx
Karl, dt. Philosoph, Sozial- und
Wirtschaftswissenschaftler, politischer
Journalist, Stalin Josef, Sowjetischer
Politiker, Revolutionär und Diktator

Im Text erwähnte Körperschaften

Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP),
Volksdeutsche Bewegung in
Liechtenstein (VDBL)

Themen

Kirche, Nationalsozialismus

(Aus dem Buche „Ein Schweizer sieht Russland“ von Paul Werner im Verlag Otto Walter A.G., Olten.)

Warum werden diese Tatsachen nicht von den Kanzeln der liechtensteinischen Kirchen verkündet? Warum werden an Stelle dessen politische Angriffe gegen das deutsche Volk und dessen Weltanschauung unternommen, warum werden polemisierende Hirtenbriefe gegen den Nationalsozialismus verlesen? Sind die Tatsachen der finanziellen Aufwendungen des Reichs für die Kirchen in jährlichen Beträgen von über 500 Millionen Mark nicht wert bekannt zu geben?

Warum stehen denn die katholischen Vereine nicht auf der Seite der Truppen, die für die Freiheit der Religion kämpfen, die in den eisigen Wüsten des Ostens nunmehr den Ansturm dieser infernalischen Mächte aufhalten? Warum steht denn die katholische Bürgerpartei nicht solidarisch auf Seiten des deutschen Volkes? Warum wird mit den Schlachtruf „Religion“ gegen die Volksdeutsche Bewegung angerannt?

Wir stellen diese Fragen der Bevölkerung Liechtensteins, insbesondere den Führern der Bürgerpartei, im Angesichte der kommenden Landtagswahlen. [2]

Nicht die Frage einer politischen Machtgestaltung dieser oder jener Partei ist heute wesentlich. Die Frage der ernsten Verantwortung und die Sauberkeit der Zielsetzung und die Haltung der Solidarität mit den Kämpfern in Eis und Schnee ist massgebend.

[1] Umbruch, Nr. 194, 09.12.1942, S. 1.

[2] In Anbetracht der besonderen Zeitumstände verlängerte jedoch Fürst Franz Josef II., gestützt auf Art. 10 der Verfassung vom 5. Oktober 1921, mit Verordnung vom 18. Februar 1943 die Mandatsdauer des bestehenden Landtags auf unbestimmte Zeit (LGBl. 1943 Nr. 4).